

SYRIEN/IRAK
NILS WÖRMER
LUCAS LAMBERTY

Chinas wachsender Einfluss im Nahen Osten

September 2017

KAS AND ISSAM FARES INSTITUTE VERANSTALTEN KONFERENZ ZU CHINAS INTERESSEN, LANGZEITZIELEN UND STRATEGIEN IM NAHEN OSTEN

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

Im Laufe der letzten Jahre hat die Volksrepublik China ihr wirtschaftliches und politisches Engagement im Nahen Osten deutlich ausgebaut. Pekings Streben gegen Westen wird insbesondere durch die "One Belt One Road" (OBOR)-Initiative sichtbar, die die Volkswirtschaften Asiens, Europas und Afrikas miteinander verbinden soll und bei der der Nahe Osten eine entscheidende Rolle spielt. Politisch hat China durch seine Rolle in den Verhandlungen über das Nuklearabkommen mit dem Iran und die Blockierung von Resolutionen zum Syrienkonflikt im UNSicherheitsrat in der Region an politischem Profil gewonnen. Zunehmend lässt sich eine Abkehr von Chinas traditioneller Politik der Nichteinmischung beobachten. Am 28. September veranstaltete das KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak in Kooperation mit dem Issam Fares Institute (IFI) eine Konferenz zu Pekings Außenpolitik im Nahen Osten. Unter dem Titel "Chinas wachsender Einfluss im Nahen Osten – Handel, Energie, Sicherheit und Multipolarität" diskutierten Experten aus China, den USA, Europa und dem Nahen Osten gemeinsam über die chinesischen Interessen, Ziele und Strategien in der Region.

Nach den Begrüßungsworten von Tarek Mitri, Direktor des IFI, und Nils Wörmer, Leiter des KAS-Auslandsbüros Syrien/Irak, befasste sich das erste Panel mit OBOR und der Rolle, die der Nahe Osten für die Umsetzung der Initiative spielt. Das Panel wurde von Michael Winzer, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Peking, geleitet und beinhaltete Beiträge von Nadine Godehardt von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Chris-

tina Lin von der Universität von Kalifornien und Bing Bing Wu von der Universität Peking.

Die drei Experten hoben hervor, dass es sich bei OBOR um ein Instrument chinesischer Außen- und Wirtschaftspolitik handelt, welches Asien, Europa und Afrika durch sechs verschiedene Land- und Seerouten miteinander verbinden soll. OBOR umfasst zurzeit 65 Mitgliedstaaten, mit denen China in fünf Bereichen kooperiert: (1) Politische Zusammenarbeit, (2) Infrastruktur (3) Handelsförderung (4) wirtschaftliche und finanzielle Integration und (5) Kulturaustausch. Laut den Experten stehen bilaterale Beziehungen und Projekte im Fokus, aus denen ein regionales Netzwerk mit China in seinem Zentrum entstehen soll. Die Etablierung einer stärker institutionalisierten, regionalen Organisation nach dem Vorbild der Europäischen Union werde bewusst vermieden.

Die Experten betonten, dass China mit OBOR konkrete Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen im Ausland verfolgt. Wirtschaftlich gesehen solle OBOR ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum in China sicherstellen, indem kurzfristig höhere Produktionskosten im Inland aufgefangen und die Internationalisierung der chinesischen Währung durch steigende Exporte vorangetrieben werde. Langfristig versuche China durch OBOR, seinen Zugang zu natürlichen Ressourcen abzusichern.

Da OBOR elementar für das Wachstum der chinesischen Wirtschaft sei, stehe die Initiative den Sprechern zufolge in direkter Verbindung zu Chinas Innenpolitik. Seit dem Tiananmen-Massaker von 1989 sehe sich Chinas Kommunistische Partei (KPCh) mit einer zunehmenden Legitimitätskrise kon-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

NILS WÖRMER
LUCAS LAMBERTY

September 2017

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

frontiert. Um das Überleben der KPCh zu sichern, ist die Partei auf steigenden Lebensstandard und Wohlstand durch Wirtschaftswachstum angewiesen.

Zudem soll OBOR dazu beitragen, schwache Staaten zu stabilisieren, um einem Sicherheitsvakuum vorzubeugen, das von Terrororganisationen ausgenutzt werden könnte. Terrorismus ist nicht nur eine innenpolitische Bedrohung für China, sondern auch für Chinas Investments und Handelsrouten im Ausland. Speziell die Islamische Turkestan-Partei (TIP), welche für die Rechte der uigurischen Minderheit und einen unabhängigen Staat in der Chinesischen Provinz Xinjiang kämpft, ist in China aktiv und unterhält enge Beziehungen zu islamistischen Terrororganisationen im Ausland.

Die Rolle des Nahen Ostens in OBOR

Die Experten waren sich einig, dass der Nahe Osten aufgrund seiner geostrategischen Lage, seines Rohstoffreichtums sowie der Vielzahl an (sicherheits-) politisch signifikanten Konflikten eine entscheidende Rolle für die chinesische Außenpolitik und die OBOR-Initiative spielt. Zunächst diene die Region als ein entscheidender Knotenpunkt zwischen Asien, Europa und Afrika, da mehrere OBOR-Routen durch den Nahen Osten verlaufen sollen. Zweitens importiere China bereits heute 60 Prozent seiner Rohstoffe aus dem Nahen Osten, was seine Integration in OBOR unvermeidlich für Chinas langfristiges Wirtschaftswachstum mache.

Drittens gelte die Region als Zufluchtsort für Terroristen, was eine direkte Bedrohung für China darstelle. Eine wachsende Zahl von uigurischen TIP-Mitgliedern aus Xinjiang habe gemeinsam mit dem Islamischen Staat (IS) und der Al-Nusra Front in Syrien und im Irak gekämpft und könnten im Falle einer Rückkehr zur Destabilisierung der Provinz beitragen. Viertens komme dem Nahen Osten laut den Experten in der Sicht Pekings eine entscheidende politische Signifikanz zu, da die Region Schauplatz der Konkurrenz internationaler Großmächte wie den USA und Russland sei. China strebe eine Eindämmung des westlichen Einflusses im

Nahen Osten und eine grundlegende Reform der westlich dominierten Weltordnung an.

Das zweite Panel befasste sich mit Chinas Engagement am Boden in Pakistan/Afghanistan, den Golfstaaten und Syrien. Es wurde von Rayan El-Amine vom IFI moderiert und beinhaltete Beiträge von Alessandra Cappelletti vom Research Center on Contemporary China in Mailand, Moritz Pieper von der Universität Salford und Imad Mansour von der Universität Qatar.

Chinas Politik in Pakistan/Afghanistan

In ihrem Beitrag zu Pakistan und Afghanistan argumentierte Cappelletti, dass Pakistan aufgrund seiner geostrategischen Lage ein entscheidendes Transitland für chinesische Rohstoffimporte darstelle und die Achse Peking-Islamabad gleichzeitig dazu diene, die US-indische Allianz auszubalancieren. Cappelletti erläuterte die Bemühungen Pekings, einen *China-Pakistan Economic Corridor* zu errichten, der es China ermöglichen würde, die US-kontrollierte Straße von Malakka als Handelsroute zu umgehen und somit unabhängiger von Washingtons regionalen Interessen zu werden.

Zudem seien sowohl Pakistan als auch Afghanistan aufgrund ihrer Nähe zur Xinjiang Provinz von großer sicherheitspolitischer Relevanz für China. Laut der italienischen Expertin solle das chinesische Investment in den beiden Ländern die lokalen Wirtschaften stärken, um Pakistan und Afghanistan und damit auch die angrenzende Xinjiang Provinz, deren uigurische Bevölkerung enge Verbindungen zu radikalen, sunnitischen Gruppierungen in den Nachbarstaaten unterhält, zu stabilisieren.

Pekings Engagement am Golf

Pieper argumentierte, dass China seine Beziehungen zu Saudi-Arabien, Iran und Irak zwar weiterhin hauptsächlich unter Energie- und geostrategischen Gesichtspunkten wahrnehme, aber zunehmend politische und sicherheitsrelevante Ziele in der Region verfolge. Saudi-Arabien ist Chinas größter Erdöllieferant, 15 Prozent aller chinesischen Rohölimporte kommen aus dem Golfstaat.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

NILS WÖRMER

LUCAS LAMBERTY

September 2017

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

Peking betrachte das Königreich zudem als entscheidendes Drehkreuz für den Handel zwischen Westasien und Ostafrika. In den vergangenen Jahren habe China zunehmend versucht, den USA in Saudi-Arabien Konkurrenz zu machen, indem Peking sich als verlässlicher Partner positioniert habe, der sich nicht in die internen Angelegenheiten des Landes einmische.

Während China offiziell weiterhin einen neutralen Standpunkt zwischen Saudi-Arabien und Iran einnehme, so Pieper, setze Peking zunehmend auf den Iran als politischen Verbündeten im Nahen Osten. Beide Länder teilten das Ziel, den amerikanischen Einfluss in der Region einzudämmen. Des Weiteren spiele Iran eine bedeutende Rolle für OBOR, da mehrere Hauptlandrouten in den Nahen Osten und nach Europa durch das Land verlaufen sollen. Chinas Beziehungen zum Iran seien somit heute vielfältig und reichten von Kooperation in den Bereichen Energie und Wirtschaft bis hin zur politischen und militärischen Zusammenarbeit.

Auch der Irak ist einer der größten Erdöllieferanten Chinas. Seit einiger Zeit baue Peking seine Beziehungen zu Bagdad aus und habe unlängst eine strategische Partnerschaft mit dem Irak abgeschlossen. Dies spiegelt laut Pieper insbesondere Chinas sicherheitspolitischen Interessen im Land wieder, da viele Uiguren auf der Seite des IS gekämpft haben.

China und der syrische Bürgerkrieg

Chinas politische Ambitionen im Nahen Osten werden jedoch am deutlichsten in Syrien. Laut Mansour wird Chinas Syrienpolitik stark von sicherheitspolitischen Motiven beeinflusst. Von Anfang an hätte China es sich zum Ziel gesetzt, einen westlich induzierten *Regime Change* zu vermeiden, um das von Peking befürchtete Erstarken radikal-islamistischer Elemente zu verhindern, den amerikanischen Einfluss einzudämmen und sich gleichzeitig in eine vielversprechende Ausgangsposition für den Wiederaufbau Syriens zu bringen. Verschiedenen Statistiken zufolge kämpften bis zu 5.000 Uiguren an der Seite von Al-Nusra und dem IS in Syrien. Peking erkennt das Assad-Regime als

einzigste legitime Regierung Syriens an und hat Flexibilität in seiner Politik der Nichteinmischung gezeigt, um Damaskus politisch und militärisch zu unterstützen. Seit 2011 hat China sein Veto im UN Sicherheitsrat sechsmal genutzt, um Resolutionen gegen das Assad Regime abzuwenden. Diese Zahl steht in starkem Kontrast zu den insgesamt fünfmal in den vorhergegangenen 40 Jahren, in denen Peking bislang von seinem Veto Gebrauch gemacht hatte. China habe sich des Weiteren bemüht, zwischen dem Regime und der bewaffneten Opposition zu vermitteln. Zusätzlich habe Peking damit begonnen, die syrische Armee mit Waffen- und Ausbildungshilfe zu unterstützen, um gegen Terrorgruppen vorzugehen.